

Ercheint täglich früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition Hofmannstraße 23.

Belegblätter der Redaction: Vormittags 10-12 Uhr. Nachmittags 4-6 Uhr.

Manche der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Artikel an Wochenenden bis 2 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Filialen für Zulassung: Die Kassen, Unterstadtstr. 23, sowie die Rathenowstr. 18, p. von 10 bis 1/2 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kaufpreis 16,000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl. incl. Frachtporto 6 Rthl. durch die Post bezogen 6 Rthl. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegblätter 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbefreiung 25 Pf. mit Postbefreiung 45 Pf.

Einzelne Bogen 10 Pf. Mehrere Bogen laut amtlichen Preisverzeichniss. — Labels: 10 Pf. pro 100 Stück nach höherem Tarif.

Reklamen unter dem Redactionstempel die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerum oder durch Postnachschuß.

№ 338.

Donnerstag den 4. December 1879.

73. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

Wir haben beschloffen, der bisherigen „Waisenhausstraße“ den Namen **Stedlstraße** beizulegen, was hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird. Leipzig, den 1. December 1879. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georg. Buch, Kth.

## Bekanntmachung.

Der Preis der in hiesiger Gasanstalt producirten Coals, deren Verkauf Herr Louis Meier hier commissarisch beauftragt ist, beträgt vom heutigen Tage an für den Heizer loco Gasanstalt 1 A. 15 A. Leipzig, den 4. December 1879. Des Raths Deputation zur Gasanstalt.

## Aufforderung.

Die Statistik des Waarenverkehrs des deutschen Zollgebietes mit dem Auslande betr. Mit dem 1. Januar 1880 treten die Vorschriften des Gesetzes vom 20. Juli d. J. die Statistik des Waarenverkehrs des deutschen Zollgebietes mit dem Auslande betr., in Kraft. Um auf Grund derselben zu einer brauchbaren Handelsstatistik zu gelangen, ist vor allen Dingen erforderlich, daß die Beteiligten vollständige und genaue Angaben über Gattung und Menge der in Frage kommenden Waaren und über Herkunft bezw. Bestimmung derselben machen. Von der Auslieferung zur Ausfüllung der Anmeldeformulare haben wir eine Partie bestellt; soweit der Vorrath reicht, sind Exemplare derselben zum Kostenpreise von 5 A für das Stück auf unserem Bureau, Neumarkt 19, 1, zu haben; ebenso Anmeldeformulare zum Preise von 1 A für das Stück. Von den Anmeldeformularen giebt es 4 Arten: grüne, für die Ausfuhr; rothe, für Beförderungen vom Zollgebiet durchs Ausland nach dem Zollgebiet auf Grund directer Begleitpapiere; gelbe, für die Durchfuhr durch das deutsche Zollgebiet auf Grund directer Begleitpapiere; endlich weiße, für die Einfuhr. Adressen ist auf unserem Bureau zu erfahren. Diejenigen, welche einen früheren Verkehr mit dem Auslande haben, werden wohl thun, so frühzeitig wie möglich bei der Reichsdruckerei, Berlin W, Wilhelmstraße 75, ihre Bestellungen zu machen. Leipzig, den 2. December 1879. Des Handelsamtes. Bachsmuth, Hof. Dr. Gensel, S.

## Der Dampfer „Falk“.

Für langjährige Gemüther ist die Nachricht ein wenig überraschend gekommen, daß auf Anordnung des Reichskanzlers den russischen Flugschiffen die Fahrt auf dem Riemer preussischen Anteil unterbunden worden ist. Die Ursache dieses Beschlusses, der einem deutsch-russischen Grenzstreit verweilt ähnlich sieht, waren die Verhandlungen, denen der Riemer Dampfer „Falk“ auf der Passage des Riemer russischen Anteil seitens der russischen Behörden unterlag. Es handelte sich dabei, wie wir des Näheren darlegen werden, einmal um eine Beschleunigung der deutschen Flotte, andererseits um eine Selbstbehauptung jener Dampfer-Tamarilla, welche im eigenen Lande den Namen „Tschinow“ führt, auf die nichts Anderes als der allmächtige Rabel beschwichtigend zu wirken pflegt.

Die Riemer Rieder Schiller hat neuerdings eine Erklärung veröffentlicht, die den Sachverhalt ausführlich darlegt. Nach dieser beabsichtigte der „Falk“ Tourfahrten zwischen Tilsit und Romno im Anschluß an die Fahrten der in Riemel verkehrenden russischen Flugschiffe zu unternehmen, überhaupt einen täglichen Güter- und Passagier-Verkehr auf dem Riemer einzuleiten. Um die Concession zu diesem freundschaftlichen Unternehmen zu erlangen, wandte sich Herr Schiller am 31. März d. J. an den zuständigen russischen Minister nach St. Petersburg. Am 10. Mai erließ er folgende Resolution: „Der Dampfer „Falk“ ist als ein in der russischen Handelsflotte (russische Flotte) zu verzeichnen. Die deutsche Antwort auf diesen russischen Erpressungsversuch durch eine legale Beschwerde und auf die Wahrung der deutschen Flotte seitens des Petersburger Ministeriums blieb nicht aus: Das Reichskanzleramt unterlegte sämtlichen russischen Dampfern die Fahrt auf dem preussischen Riemer. Das war deutsch gesprochen und — gehandelt! Von einem etwaigen gütlichen Ausgleich der streitigen Angelegenheit kann fernhin nicht die Rede sein, denn Herr Schiller hat eine genaue Untersuchung der Angelegenheit angeordnet und sein Charakter, welcher der genaue Ausdruck des Nationalgefühls ist, spricht dafür, daß sie nicht im Sande verlaufen wird. So unbedeutend auch dieser „Grenzstreit“ zu sein scheint, so sehr diese Affäre auch einem Sturm im Glase Wasser gleicht: evident ist, daß die weiland unbedeutliche Rieder ein Ende hat, in der Deutschland aus lauter Courtisane gegen seine Nachbarn nicht zum Schutze der eigenen Landestheile laun.

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 2. December.

Der kleine Krieg der Ultramontanen gegen den preussischen Minister des Innern wird bei der Etatsberatung im Abgeordnetenhaus nur wenige Erfolge zu verzeichnen haben. Versichert doch gehen der Abg. Windthorst, daß ihm jede Heimseligkeit gegen das Ministerium, sowie die Person des Ministers fern liege, was allerdings nicht wörtlich genommen werden darf. Die Centrumsleute bezeichnen sich den Grafen Eulenburg als einen Kulturkämpfer par excellence, der in Ministerath, wie in seinem Ressort die der alleinbestimmenden Kirche feindlichen Maßregeln des Dr. Hall am eifrigsten unterstützte. Offenbar gewährt es den Centrumsleuten eine gewisse Befriedigung, in weniger

wichtigen Angelegenheiten ihr Rütchen an dem Minister des Innern zu fühlen, weil sie sich verlagern müssen, ihre ganze Opposition gegen Herrn von Patzsch zu führen. Wie viel sie bei dieser Oppositionskampagne bei ihren Wählern gewinnen und wie viel sie beim kaiserlichen Hof verlieren, mag dahin gestellt bleiben. Jedenfalls liefert dieses Gebahren Zeugniß, wie groß die Verlegenheit der Ultramontanen in einem Augenblicke ist, wo Herr Windthorst nach Berlin zurückkehren soll, um an der Beratung der Vorlage über die zu verstaatlichenden Eisenbahnen Theil zu nehmen und Herr Eulenburg die vielbesprochene conservativ-ultramontane Coalition zu halten. In den Reihen der Ultramontanen wird er bei den Abstimmungen die Geschlossenheit vermissen, welche sonst die Partei auszeichnet, und wenn nicht Alles täuscht, wird der Reichskanzler dies auch als einen Erfolg seiner Politik begrüßen. Aber auch die gemäßigten Liberalen werden dieses erste materielle Anzeichen der Vereinigung des Kulturkampfes nicht ohne Befriedigung registriren, denn sie nehmen an, daß bei einer Spaltung der Ultramontanen der liberale katholische Theil ihrer Wähler sich zu der Fahne halten wird, zu welcher sie während und nach den Confliktjahren bis zur Constituirung der Centrumsfraction gehörten. Die Führer der Liberalen betonen zwar mit allem Eifer, daß sie und ihre Parte in der Welle gestürzte Conservative seien; aber in den rheimisch-westfälischen Wahlkreisen herrschen nach Driesen von dort jetzt schon andere Meinungen vor. Es heißt in einem solchen: „Erweist es sich schließlich, daß die Liberalen dieß den Dismarkischen Convent nur als Stofflage dienen und die Verhandlungen mit Rom im Sande verlaufen, so werden die Liberalen auf einen Zuwachs zu rechnen haben, bei welchem die conservativere Frage keine Rolle spielen wird.“

Die Verhandlungen des preussischen Landtages haben bisher einen ungewöhnlich glatten und raschen Verlauf genommen und es ist alle Aussicht vorhanden, vor Weihnachten die zwei wichtigsten Vorlagen, den Etat und die Eisenbahngesetze, zu erledigen, die anderen Gesetzentwürfe aber so weit zu fördern, daß verhältnismäßig frühzeitig im neuen Jahr auch ihre Erledigung zu erwarten ist, so weit sie überhaupt in dieser Session darauf Aussicht haben. Sicherlich ist diese prompte Arbeit erstlich, namentlich im Hinblick auf die bevorstehende Reichstagsession. Wenn aber die „Ranzierung“ die ihren Bestimmungen gemessen zum besonderen Verdienst anrechnet, so müßten wir doch einwenden, daß der rasche Gang der Etatsberatung bisher lediglich durch die gegen frühere Jahre sehr auffallende Zurückhaltung des Centrums veranlaßt war. Erst in den letzten Tagen ist die Partei von dieser Praxis einigermaßen wieder abgelenkt und vielleicht holt sie das Vermissene noch recht reichlich nach. In der Sitzung vom Dienstag läßt der Abg. Hänel an das Verbot des Theaters „Maria Antonietta“ eine scharfe Kritik der politischen Theaterzensur und erbittet Aufklärung über die Gründe der Verlängerung des „kleinen Belagerungszustandes“, die er für eine verkehrte Maßregel halte. Minister Graf Eulenburg giebt zu, daß in der Theaterzensur bisweilen Mißgriffe vorgekommen seien, meint aber, daß Verbot des in Rede stehenden Trauerspiels lasse sich rechtfertigen, nicht wegen der Tendenz, sondern wegen der Art und Weise, wie die an sich lobenswerthe Tendenz in einer Reihe anstreifender Szenen zum Ausdruck gebracht sei. Zur Rechtfertigung der Verlängerung des „kleinen Belagerungszustandes“ hebt der Minister — wie wir hier ausführlicher berichten — hervor, daß dieselben Zustände, die im vorigen Jahre die Maßregel veranlaßt, im Wesentlichen auch heute noch fortbestehen. Wohl seien die letzten Kundgebungen aus der Desfentlichkeit verschwunden, allein insofern werde die Agitation doch noch fortgesetzt, das alte Band mit dem aufwärtigen Socialismus und den ausgemessenen Führern anrecht erhalten. Die Aufweisung sei das einzig wirksame Mittel, welches wenigstens die laute Agitation verhalte. Wenn man aus der Rathswandigkeit, jene scharfe Maßregel zu erneuern, den Schluß ziehe, daß das Socialistengesetz sich unwirksam erwiesen habe, so sei doch zu bedenken, daß es ein nicht geringer Erfolg sei, ein ganzes Jahr lang wenigstens von den letzten Kundgebungen der socialistischen Tendenzen verschont geblieben zu sein. Mehr könne man von Präventivmaßregeln überhaupt nicht erwarten. Im weiteren Verlauf der Debatte entspann sich wieder eine lebhaft gezeigte Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Windthorst und dem Minister des Innern über die Auswahl der Blätter, in denen amtliche Bekanntmachungen veröffentlicht werden. Die Verhandlungen des badischen Landtages beanstanden ein besonderes Interesse. Auch in

der am Sonnabend nach längerer Debatte einstimmig angenommenen Adresse der Ersten Kammer hat man sich begnügt, sich mit der Thronrede in dem Wunsche zu vereinigen, „daß die zur Verbesserung der wirtschaftlichen Zustände erlassenen Reichsgesetze dem Volke zum Segen gereichen mögen“, ohne diese neuen Gesetze ausdrücklich zu billigen, wie es Herr v. Koser und auch der Abg. Frhr. v. Marschall, ein Mitglied des Reichstages, ursprünglich gewünscht hatten. In Betreff der Beilegung des Kulturkampfes heißt es in der Adresse: „Den Bestrebungen, in dem Verhältniß unseres Staates zur katholischen Kirche die nicht erledigten Fragen der Lösung näher zu bringen, wünschen wir von ganzem Herzen den besten Erfolg. Wenn auch das Zustandekommen eines dauernden Friedens von Verhältnissen abhängt, deren Gestaltung nicht in der Macht unseres Staates liegt, so halten wir es doch für möglich, daß bei beiderseitigem guten Willen schon in der nächsten Zeit über die einzelnen Fragen, die noch der Lösung bedürfen, eine Verständigung herbeigeführt werde und ein Zustand anstrebe, der seit Jahren die Autorität des Staates und der Kirche schädigt und von dem gesunden Sinne der großen Mehrheit des Volkes, je länger er dauert, desto mehr beklagt wird.“ Der Minister bezog sich auf seine Versicherungen in der Zweiten Kammer.

Der Bezirksrat für Unterelbsaß ist am Dienstag, nachdem er die Beratung der Vorlagen beendet und der Präsident Ricin den Ritalieuten für ihre Hingabe gedankt hatte, durch den Bezirkspräsidenten Ledderhose unter Worten des Dankes und der Anerkennung geschlossen worden.

In Oesterreich-Ungarn hat die gemüthliche und verständigliche Richtung der kirchlichen Oligarchie soeben einen bedeutenden Sieg über die gegenwärtige Partei davongetragen, indem der Kaiser den Bischöfen und Comprobi des Salzburger Metropolitandoms capiteln, Johann della Vona, zum Bischof von Trient und den Ehrenbischöfen, Dechant und Stadtpfarrer in Innsbruck, Johann von Leis zu Salzburg, zum Fürstbischöf von Brixen ernannt hat. Beide Bischöfe sind, wie verläutet, tüchtige geistliche Administratoren, die sich, bisher wenigstens, von jedem theologischen Geizhals und im Großen und Ganzen von jeder politischen Einflusnahme fern gehalten und gegen welche denn auch die in der Welle gestürzten Tiroler Liberalen im Lande und in Rom eine frivole Agitation organisiert hatten. Sehr bezeichnend für die Tendenz der getroffenen Maßregel ist der Umstand, daß noch vor Kurzem fünf Decanate der Diocese Innsbruck eine Deputation an den Cardinal Franzelin, einen geborenen Tiroler, nach Rom entsendet hatten, um beim Heiligen Stuhle gegen die Zustimmung des Papstes Einsprache zu erheben, und trotzdem die Ernennung in Vollzug gesetzt worden ist.

Das ungarische Abgeordnetenhaus hat am Sonnabend dem Gesetzentwurf, betreffend die Einberufung Bosniens und der Herzegowina in das gemeinsame Zollgebiet, seine Zustimmung erteilt und soeben auch die übrigen damit zusammenhängenden Zollvorlagen, den Anträgen der Regierung conform, angenommen. Nachdem bereits vorher das Reichsgesetz und die botanische Verwaltungsvorlage die Mehrheit des ungarischen Abgeordnetenhauses erlangt haben, ist für das Zustandekommen jener Gesetzentwürfe, deren Erledigung die beiderseitigen Beziehungen vor dem Zusammentritt der Delegationen sichergestellt, von ungarischer Seite kein Hinderniß mehr zu erwarten. Trotz dieser Erfolge, welche Tisza in letzter Zeit errungen, ist fortwährend von einer Reconstruction des bisherigen Cabinets die Rede, indem man den Ministerpräsidenten veranlassen will, sich gänzlich von seinen ehemaligen Parteigenossen loszulösen und sich mit neuen, geschäftstüchtigen Männern zu umgeben. Neben dem Grafen Szapary sollen, wie die Unzufriedenen aus der liberalen Partei verlangen, auch die Minister Beck und Kemény ihrer Posten enthoben werden. Es ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen, inwiefern Herr von Tisza sich diesen Wünschen geneigt erweisen wird. — Im Zusammenhang damit meldet das Wolffsche Telegraphenbureau:

Belgrad, 2. December. Im Unterhause wurde heute das Resultat der gestrigen Delegationenwahl veröffentlicht; dasselbe entspricht der Candidatur des liberalen Partei. Der Ministerpräsident Tisza legt einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Verlängerung des Finanzjahres bis zum 31. März auf ein Jahr.

Belgrad, 2. December. Das Oberhaus nahm unter Ablehnung sämtlicher Amendements das Reichsgesetz in der Fassung der Regierungsvorlage an. Wie bereits telegraphisch erwähnt, ist das bekannte englische Parlamentmitglied Roebuck gestorben.